

## **Pflegekammer in Wahlkampf berücksichtigen**

**(DÜSSELDORF) Die Pflegekammer soll Wahlkampfthema zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr werden. In gemeinsamen Schreiben haben der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Nordwest e.V. und der Verband der PflegedirektorInnen der Universitätskliniken (VPU) hierzu Politiker der Parteien CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Piratenpartei und Die Linke in NRW aufgefordert.**

Die beiden Berufsverbände verweisen damit auf ein zentrales Anliegen der Pflegeberufe, nämlich die Übertragung der Verantwortung für die beruflichen Belange der Pflegenden an die eigene Berufsgruppe. „Wir wollen, dass sich die Politik in Nordrhein-Westfalen mit den beruflich Pflegenden befasst – wir wissen selbst am Besten, was wir zur Bewältigung der Herausforderungen in Krankenhäusern, stationären Einrichtungen und der ambulanten Versorgung brauchen. Dafür müssen wir aber auch an der Diskussion und den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.“ sagt Martin Dichter, Vorsitzender des DBfK Nordwest. Dichter betont, dass die Pflegekammer die notwendige Struktur zur politischen Partizipation sei, um Pflegenden in NRW den Gestaltungsspielraum zu geben, die eigene Profession zu vertreten und zu entwickeln.

In NRW leben mit gut 185.000 Berufsgruppenangehörige mehr beruflich Pflegenden, als in jedem anderen Bundesland. Für die Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen sind diese ebenso unverzichtbar wie Ärzte oder Physiotherapeuten. „Parteien, die sich im Wahlkampf für die Einrichtung einer Pflegekammer aussprechen, signalisieren der größten Berufsgruppe im Land, immerhin etwa 185.000 potenziellen Wählerinnen und Wählern, dass sie sich mit ihrer Situation auseinandergesetzt haben und ihr Recht auf Selbstverwaltung ernst nehmen. Eine Pflegekammer stellt die überfällige Teilhabe der beruflich Pflegenden am politischen Entscheidungsprozess sicher.“, betont VPU-Vorsitzender Torsten Rantzsch.

Derzeit sind Pflegenden nicht an grundlegenden gesundheits- und pflegepolitischen Entscheidungen beteiligt. Nicht einmal dann, wenn es um berufsspezifische Belange wie die fachlichen und strukturellen Voraussetzungen für das geforderte Maß von Qualität in der Pflege, die Definition von Qualitätskriterien oder die Rahmenbedingungen geht. Die entsprechenden Entscheidungen werden von – nicht selten fachfremden – Politikern und Kostenträgern getroffen, die Pflege-Einrichtungen setzen diese lediglich um. Die Pflegenden selbst sind ungeachtet ihrer fachlichen Kompetenz nicht in diesen Prozess eingebunden.

In NRW gibt es bereits entsprechende Bestrebungen. Im Rahmen einer von der CDU-Fraktion initiierten Anhörung im Düsseldorfer Landtag am 26. Oktober waren sich die Experten einig: eine Pflegekammer NRW ist essenziell, um die Position der Pflegenden aufzuwerten und zu stärken, die Pflegequalität zu sichern, die Attraktivität der Pflegeberufe für Bewerber zu erhöhen – und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken – sowie zukunftsfähige Strukturen und Prozesse in der professionellen Pflege zu definieren. Letztere kommen sowohl den Pflegenden selbst zugute als auch den pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern, und damit der Gesellschaft insgesamt. Vertreter des DBfK und des VPU suchen im Vorwahlkampf nun gezielt das Gespräch mit den Abgeordneten. Daneben wollen die beiden Berufsverbände das Informationsangebot auch an die Berufsgruppe selbst ausweiten.

Burkhardt Zieger  
**Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe**  
DBfK Nordwest  
Lister Kirchweg 45  
30163 Hannover  
[zieger@dbfk.de](mailto:zieger@dbfk.de)

Thorsten Rantzsch  
**Verband der Pflegedirektorinnen der Unikliniken (VPU)**  
Alt - Moabit 96  
10559 Berlin  
[Torsten.Rantzsch@med.uni-duesseldorf.de](mailto:Torsten.Rantzsch@med.uni-duesseldorf.de)